

Antrag

der Abgeordneten Eckhardt Barthel (Berlin), Ernst Bahr (Neuruppin), Hans-Werner Bertl, Marco Bülow, Siegmund Ehrmann, Monika Griefahn, Kerstin Griese, Christel Humme, Angelika Krüger-Leißner, Horst Kubatschka, Lothar Mark, Michael Roth (Heringen), Gisela Schröter, Ludwig Stiegler, Jörg Tauss, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Franz Müntefering und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Antje Vollmer, Grietje Bettin, Katrin Dagmar Göring-Eckhardt, Krista Sager und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Den Deutschen Musikrat stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
alle Bemühungen zu unterstützen,

1. die Projekte des Deutschen Musikrats weiterzuführen und
2. mit neuen Strukturen des Deutschen Musikrats die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Zahlung von Zuwendungen unter Beachtung haushaltsrechtlicher Bestimmungen wieder aufgenommen werden kann.

Berlin, den 13. November 2002

**Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Dagmar Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion**

Begründung

Der Deutsche Musikrat ist überschuldet und von Zahlungsunfähigkeit bedroht; seine Existenz ist deshalb gefährdet.

Der Deutsche Musikrat steht für eine weltweit einzigartige Vielfalt und Struktur des Musiklebens. Zu seinen Projekten gehören solche bedeutenden wie der Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“, das Bundesjugendorchester, das Bundesjazzorchester, der Deutsche Chor- und Orchesterwettbewerb und der Deutsche Musikwettbewerb. Darüber hinaus fördert der Deutsche Musikrat die zeitgenössische Musik.

Er vertritt als Spitzenorganisation der Bundesmusikverbände rund 8 Millionen Laienmusikerinnen und Laienmusiker und ist für die kulturelle Landschaft in Deutschland unverzichtbar. Der Deutsche Musikrat hat sich erfolgreich dafür

eingesetzt, dass der Stellenwert der Musik in der Gesellschaft und die Bedeutung von musikalischer Bildung für die Menschen und insbesondere die Entwicklung von Jugendlichen in das öffentliche Bewusstsein gerückt wurde. Die Weiterführung seiner jahrelangen verdienstvollen Arbeit muss gesichert bleiben.